

## Niederschrift

über die Sitzung des Hauptausschusses am 14.4.08

Sitzungsort: **A 013**

Beginn der Sitzung um **18.10** Uhr.

Ende der Sitzung um **19.05** Uhr.

Vorsitz führte: **Bürgermeister Kreuzberg**

### Mitglieder

- Dahmen
- Hosmann
- Klug
- Küster
- Meeth
- Poschmann (1. stellv. Vors.)

- Berg
- Breu (2. stv. Vors.)
- Dr. Petran

- Schmitz, H.

- vom Hagen

- Pitz

### Verwaltung

- Kreuzberg
- Brandt
- Freytag
- J.v. Bothmer
- Schiffer
- Mülhens
- Becke
- Gast
- 
- 
- 

- Bürgermeister
- Beigeordneter
- Stadtkämmerer
- GLB
- 01-
- 01-
- 10-
- 10-

### Schriftführerin

M. Müller

### Gäste

- Hardal, Vorsitzender Ausländerbeirat
- 
- 
- 
- 
- 
- 
- 

### Stellvertretende Mitglieder

- Dr. Dahm
- Gerharz, F.J.
- Vogel
- Stilz
- Boley
- Ehrenstein
- Falkenstein
- Fischer
- Dr. Frantziach-Immenkeppel
- Gerharz, Th.
- Hepp
- Pohl
- Pütz
- Rau
- Schumacher
- Simons
- Vetterling

- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU

- Blanke
- Heck
- Grafe
- Jung
- Reinkemeier
- Salvador
- Vilkman
- Weesbach
- Wehrhahn

- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD

- Baule
- Arth
- Bohlken
- Mainzer
- Müller

- fw/bVb
- fw/bVb
- fw/bVb
- fw/bVb
- fw/bVb

- Bortlisz-Dickhoff
- Niclasen
- Schönhütte
- Weber

- Grüne
- Grüne
- Grüne
- Grüne

- Brämer

- FDP

|  |   |
|--|---|
| A) Öffentlicher Teil   | 3 |
| 1. Niederschrift vom 25.2.08   | 3 |
| 2. Festlegung der Zahl der Vertreterinnen und Vertreter im Rat der Stadt Brühl für die Kommunalwahlen 2009 | 3 |
| Vorlage-Nr. 13/08  | 3 |
| 3. Haushalt 2008   | 3 |
| hier: Aufhebung von Sperrvermerken   | 3 |
| 3.1 Zuschuss Neubau Jugendzentrum  | 3 |
| Bezug: HA 18.2.08  | 3 |
| Vorlage-Nr. 39/95 q  | 3 |
| 3.2 Internationales Kinderfest des Ausländerbeirats  | 5 |
| Vorlage-Nr. 44/06 b  | 5 |
| 4. Stellenplan 2008;   | 5 |
| hier: Einrichtung einer zusätzlichen Politessenstelle  | 5 |
| Vorlage-Nr. 60/07 u  | 5 |
| 5. Antrag  | 6 |
| 5.1 Umbenennung des SoMiA in „Ausschuss für Soziales Demografie, Senioren, Integration“                    | 6 |
| hier: Antrag der fw/bVb-Fraktion vom 29.2.2008   | 6 |
| Bezug: SoMiA 10.4.08   | 6 |
| Vorlage-Nr. 105/94 cr  | 6 |
| 6. Anfragen  | 6 |
| 6.1 Fußgängerüberwege Giesler Galerie  | 6 |
| 6.2 Parkproblem Kölnstraße   | 7 |
| 6.3 Touristische Wegweisung  | 7 |
| 6.4 Bahnhof Brühl  | 8 |
| 6.5 Aufzug Bahnhof Kierberg  | 8 |
| 6.6 Falschparker   | 8 |
| B) Nichtöffentlicher Teil  | 9 |
| 7. Unbefristete Niederschlagung einer Forderung  | 9 |
| Vorlage-Nr. 14/08  | 9 |
| 8. Unbefristete Niederschlagung einer Forderung  | 9 |
| Vorlage-Nr. 15/08  | 9 |
| 9. Einstellungen, Beförderungen, Höhergruppierungen und Personalbewegungen                                 | 9 |
| Vorlage-Nr. 62/95 bv   | 9 |
| 10. Mitteilungen   | 9 |
| 11. Anfragen   | 9 |
| 11.1 Kameraaufnahmen im Rathaus  | 9 |

**Bürgermeister Kreuzberg** eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

### **Zur Tagesordnung:**

**Bürgermeister Kreuzberg** verweist auf einen Druckfehler in der Tagesordnung. Unter Ziff. 1 müsse es heißen Niederschrift vom 25.2.2008.

#### **A) Öffentlicher Teil**

##### **1. Niederschrift vom 25.2.08**

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 25.2.08 werden keine Einwände erhoben.

##### **2. Festlegung der Zahl der Vertreterinnen und Vertreter im Rat der Stadt Brühl für die Kommunalwahlen 2009 Vorlage-Nr. 13/08**

**Bürgermeister Kreuzberg** führt aus, dass er keine Vorgabe zur Festlegung der Zahl der Vertreterinnen und Vertreter habe machen wollen, da diese Entscheidung dem Rat obliege und zu dessen Hoheitsrecht gehöre. Dennoch sei er der Meinung, es bei der bisherigen Anzahl der Ratsmitglieder zu belassen, da sich diese bewährt habe.

**Die Fraktionsvorsitzenden** sprechen sich ebenfalls für die Beibehaltung der bisherigen Zahl von 44 Vertreterinnen und Vertretern aus.

---

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, die bisherige Zahl der Vertreterinnen und Vertreter im Rat der Stadt Brühl von 44 Mitgliedern auch für den 2009 zu wählenden Stadtrat beizubehalten.

- einstimmig -

##### **3. Haushalt 2008 hier: Aufhebung von Sperrvermerken**

###### **3.1 Zuschuss Neubau Jugendzentrum Bezug: HA 18.2.08 Vorlage-Nr. 39/95 q**

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) erinnert daran, dass seine Fraktion einen Sperrvermerk beantragt habe, da ihr die konzipierte Halle mit ca. 350 Sitzplätzen und ca. 500 Stehplätzen überdimensioniert erscheine. Diesen Eindruck habe man immer noch. Während das bisherige Jugendzentrum bisher von der Kapazität her ausreichend gewesen sei, plane man künftig so viele Plätze wie im Dorothea-Tanning-Saal. Er frage sich, ob das notwendig sei. Er befürchte, dass eine so riesige Halle ungemütlich wirke und bei wenigen Zuschauern eine Veranstaltung töte. Hinzu komme, dass im letzten Ausschuss für Kultur, Partnerschaften und Tourismus die Besucherzahlen der städtischen Kulturveranstaltungen vorgelegt worden seien und man habe feststellen müssen, dass die Veranstaltungen selten ausverkauft gewesen seien. In Anbetracht dessen handele es sich im vorliegenden Fall nicht nur um eine Geldfrage; vielmehr glaube er, dass man dem Jugendzentrum mit dieser überdimensionierten Halle keinen Gefallen tue. S. E. seien 350 Steh- und 250 Sitzplätze völlig ausreichend. Auch die heute vorgelegte Vorlage kläre die Situation nicht weiter auf, so dass sich seine Fraktion außerstande sehe, hier zuzustimmen.

**Stadtkämmerer Freytag** stellt zunächst fest, dass es hier um eine Grundsatzentscheidung gehe. Von der Konzeption her werde das Projekt verwaltungsseitig jedoch etwas anders gesehen. Selbstverständlich würden im neuen Jugendzentrum nicht nur Großveranstaltungen durchgeführt. Hier sei durch entsprechende Raumteiler jedoch vorgesorgt, so dass ein flexibles Angebot möglich sei. Wenn man allerdings hier begrenzen wolle, habe man das Problem, dass man dann nie mehr als 200 oder 250 Personen dort unterbringen könne. Im Übrigen sei der Bedarf vom Träger nachgewiesen worden. Entscheidend sei s. E. allerdings auch die Tatsache, dass bei einer räumlichen Verkleinerung kaum Geld eingespart werden könne, da es statische Vorgaben gebe, die eingehalten werden müssten. Wichtig sei es, den Sperrvermerk heute aufzuheben, da man sich in Verhandlung mit dem ASB befinde und die Freigabe der Mittel Voraussetzung sei für den Abschluss des Bewirtschaftungsvertrages. Im Übrigen sei die Angelegenheit entscheidungsreif.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) kritisiert, dass bisher eine konkrete Kostenplanung nicht vorgelegt worden sei. Da man jetzt bereits eine Kostensteigerung zu verzeichnen habe, sei eine Kostenbeteiligung entgegen der bisherigen Aussage wohl nicht festgeschrieben zu sein. Er bitte daher, den mit dem ASB geplanten Vertrag vorzulegen.

**Stadtkämmerer Freytag** weist darauf hin, dass der ASB Bauträger sei und die Kostensteigerung bereits im Januar 2008 ausführlich erläutert habe. Es sei ganz klar abgesprochen, dass es sich bei dem hier genannten Betrag von 280.000 € an Mehrkosten um den Maximalbetrag handele. Darüber hinaus kämen keine weiteren Kosten auf die Stadt Brühl zu. Diese Festlegung könne vertraglich allerdings erst dann geregelt werden, wenn die Mittel durch die Aufhebung des Sperrvermerkes freigegeben worden seien. Die Grundzüge des finanziellen Rahmens seien eindeutig mit 1,38 Millionen € plus 400.000 € Einrichtungskosten festgeschrieben. An diesen Rahmen müsse sich der ASB halten.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) bittet nochmals, den entsprechenden Vertrag vorzulegen.

Die **Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Ratsfrau Küster** (CDU), stellt klar, dass es über die eindeutig festgeschriebenen 1,78 Millionen € hinaus noch Kostensteigerungen geben könne, allerdings keinesfalls für die Stadt Brühl. Dies sei nach langen Beratungen im Jugendhilfeausschuss beschlossen worden.

Im Übrigen habe der Architekt darauf hingewiesen, dass die Halle mit 400 Besuchern schon gut gefüllt sei, 500 Personen allerdings eingelassen werden dürften.

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg** (SPD) erklärt, dass entscheidend für ihn die Aussagen seien, dass es für die Stadt Brühl keine Mehrkosten mehr geben werde und dass die Kostensteigerung nur zu einem geringen Teil auf die Größe des Saales zurückzuführen sei. Die Mehrausgabe basiere vielmehr auf den technischen Gegebenheiten, ein bestehendes Gebäude so umzubauen, dass Parallelveranstaltungen möglich seien und die behindertengerechte Gestaltung gewährleistet sei. Dem könne man nur zustimmen.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) stellt richtig, dass er nicht die Kostensteigerung kritisiert habe, sondern den Grundansatz hinsichtlich der Größe. Diesbezüglich hätten ihn weder die Äußerungen des Stadtkämmerers noch die Erläuterungen in der Vorlage weitergebracht. Er schlage daher vor, die Halle um 1/3 zu verkleinern und die dadurch mögliche Kostenersparnis einmal darzustellen. Er frage sich allen Ernstes, wo die 500 Leute her kommen sollten, die man hier unterbringen könne. Im Übrigen habe man auch noch das Tanzsportzentrum und die BTV-Halle. Insofern seien unbedingt bessere Erläuterungen nötig, um den noch bestehenden Beratungsbedarf zu decken. Er bitte daher um Klärung bis zur Ratssitzung.

**Bürgermeister Kreuzberg** hält dem entgegen, dass das Konzept im Jugendhilfeausschuss eingehend vorgestellt und erläutert worden sei. Darüber hinaus sei heute sowohl vom Stadtkämmerer als auch in der Vorlage nochmals dargelegt worden, wo die Vorteile in der

Gebäudeplanung liegen würden und warum man diese Größe anstrebe. Insofern sei alles Erforderliche dargelegt und gesagt worden.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) kündigt Zustimmung an. Wichtig sei für seine Fraktion, dass es keine weiteren Mehrkosten mehr gebe, der Bau behindertengerecht gestaltet und die Attraktivität der Anlage in Brühl-Ost nicht geschmälert werde.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) erinnert daran, dass ausführlich dargestellt worden sei, dass es sich bei dem Neubau mit einem Saal für 500 Personen um ein ganz neues Konzept handle, welches auch überregionale Bedeutung haben werde. Die Größe sei daher begründet. Die relativ geringen Einsparmöglichkeiten rechtfertigten keinesfalls eine Verkleinerung.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) beantragt nochmals die Verweisung an den Rat aufgrund des für ihn immer noch bestehenden Beratungsbedarfs.

**Bürgermeister Kreuzberg** weist darauf hin, dass die Vorlage nicht auf den Rat abgestellt sei, da der Hauptausschuss den Sperrvermerk aufhebe.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) hält dem entgegen, dass der Rat die Beschlussfassung an sich ziehen könne.

**Bürgermeister Kreuzberg** macht deutlich, dass er zwar die Tagesordnung der Ratssitzung erweitern könne, dass es jedoch seinerseits keine neue Vorlage in dieser Angelegenheit gebe, da verwaltungsseitig alles gesagt sei.

---

Der Hauptausschuss verweist die Vorlage zur Beschlussfassung an den Rat.

Abstimmungsergebnis: 6 : 4 bei 3 Enthaltungen

### **3.2 Internationales Kinderfest des Ausländerbeirats Vorlage-Nr. 44/06 b**

Der Hauptausschuss hebt den Sperrvermerk in Höhe von 470,00 Euro zugunsten des Internationalen Kinderfestes des Ausländerbeirates auf.

- einstimmig -

### **4. Stellenplan 2008; hier: Einrichtung einer zusätzlichen Politessenstelle Vorlage-Nr. 60/07 u**

**Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) stellt fest, dass die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle gemäß den Erläuterungen ordnungspolitisch Sinn mache und kaum Zusatzkosten verursache. Aus diesem Grunde stimme seine Fraktion dem Vorschlag zu. Er gebe jedoch zu bedenken, ob man gerade für die Kontrollen in den Außenbezirken und am Abend bzw. in der Nacht nicht besser eine männliche Kraft einstellen sollte.

Die **Gleichstellungsbeauftragte, Frau Joswig-von Bothmer**, bestätigt, dass es in der Vergangenheit tatsächlich Übergriffe auf Politessen gegeben habe. Durch die aufgrund dessen für alle Politessen durchgeführten Selbstverteidigungskurse seien die Mitarbeiterinnen mittlerweile alle gut geschult. Die Einstellung einer männlichen Verkehrsüberwachungskraft sei abhängig von der Bewerbungslage. Selbstverständlich nehme man gerne einen Mann, wenn er sich bewerbe. Man könnte in der Stellenausschreibung allerdings darauf hinweisen, dass man hier vornehmlich einen Mann suche.

**Bürgermeister Kreuzberg** ergänzt, dass es darüber hinaus die Überlegung gebe, je nach Kapazität im Haus versuchsweise in den Nachtstunden männliche Kollegen aus dem Ordnungsbereich mitgehen zu lassen. Diese hätten zwar nicht die Kompetenzen wie die Politessen, könnten jedoch Warnungen aussprechen.

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg** (SPD) unterstützt den Beschlussvorschlag, hält es allerdings für dringend erforderlich, nicht nur die Vororte, sondern eher den Bereich Uhlstraße/Kölnstraße zu kontrollieren. Hier müsse man ggf. auch einmal rigoros abschleppen lassen.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) bestätigt, dass der ruhende Verkehr in Brühl – insbesondere außerhalb der Geschäftszeiten – dringend einer Überwachung bedürfe. Er halte es zudem durchaus für sinnvoll, einmal einen Mann einzustellen.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) stimmt ebenfalls zu, bittet jedoch um einen Sachstandsbericht über den Erfolg der Maßnahmen nach einem Jahr. Evtl. sei dann zu überlegen, ob man nicht ½ Stelle auch für andere ordnungsrechtliche Angelegenheiten, wie z.B. wilde Müllkippen, über die auch Klage geführt werde, abstellen könne.

**Bürgermeister Kreuzberg** teilt mit, dass sich die Politessenstelle durch entsprechende Verwarnungsgelder in etwas selbst trage. Dennoch werde selbstverständlich jede Stelle aufgabenkritisch und im Hinblick auf Einsparmöglichkeiten geprüft.

---

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, im Stellenplan 2008 eine zusätzliche Stelle (VZ 39 Std./W.) für Politessen einzurichten.

- einstimmig -

## **5. Antrag**

**5.1 Umbenennung des SoMiA in „Ausschuss für Soziales Demografie, Senioren, Integration“  
hier: Antrag der fw/bVb-Fraktion vom 29.2.2008  
Bezug: SoMiA 10.4.08  
Vorlage-Nr. 105/94 cr**

**Bürgermeister Kreuzberg** gibt bekannt, dass der Antrag im Ausschuss für Soziales und Migration bis nach den nächsten Kommunalwahlen vertagt worden sei. Eine Beratung erübrige sich daher an dieser Stelle.

---

Der Hauptausschuss vertagt den Antrag.

- einstimmig -

## **6. Anfragen**

### **6.1 Fußgängerüberwege Giesler Galerie**

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg** (SPD) nimmt Bezug auf einen Bericht in der Kölnischen Rundschau am 11.4.2008 über die „sehbehindertengerechte“ Gestaltung der Fußwege

und Fußgängerüberwege an der Giesler Galerie. Aus diesem Bericht ergeben sich nachfolgende Fragen:

1. Inwieweit ist der Bericht zutreffend, d.h. die Fußwege falsch mit Rillenplatten ausgestattet und die Überwege unterschiedlich gestaltet?
2. Hat es für die Wege und Überwege eine Bauabnahme gegeben?
3. Wer hat diese durchgeführt?
4. Falls eine Abnahme erfolgt ist, wie ist zu erklären, dass die Mängel nicht aufgefallen bzw. nicht beanstandet worden sind?
5. Wie hoch sind die Kosten der Nachbesserung?
6. Wer trägt diese Kosten?

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) ergänzt in diesem Zusammenhang, dass die Verwendung von Rillenplatten wohl verbindlich vorgeschrieben sei. Er fragt, ob in der Ausschreibung auf die einschlägigen DIN-Normen hingewiesen worden sei und wenn nicht, warum dies nicht geschehen sei.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt schriftliche Beantwortung zu.

## 6.2 Parkproblem Kölnstraße

**Ratsfrau Küster** (CDU) fragt, ob man nicht in der Kölnstraße ein Hinweisschild Richtung Belvedere-Parkplatz aufstellen könne z.B. mit der Aufschrift „Parkmöglichkeit in 50 m Entfernung“. Die Kölnstraße sei ständig so zugeparkt, dass man hier unbedingt etwas unternehmen müsse.

**Bürgermeister Kreuzberg** zeigt sich skeptisch, was die Aufstellung eines Schildes betreffe, da dies s. E. nicht viel bringe. Besser sei es, das Problem mit Hilfe der Politessen in den Griff zu bekommen.

**Beigeordneter Brandt** weist darauf hin, dass bereits heute selbstverständlich ein besonderes Augenmerk der Politessen auf der Kontrolle von Uhlstraße und Kölnstraße liege. Man habe es hier jedoch mit einem fast rund um die Uhr bestehenden Problem zu tun, so dass man den Überwachungsdruck unbedingt verstärken müsse. Dies sei nun durch die eben befürwortete zusätzliche Politesse möglich.

## 6.3 Touristische Wegweisung

**Stellvertretender Bürgermeister Breu** (SPD) teilt mit, dass er darauf aufmerksam gemacht worden sei, dass sich keinerlei Hinweise auf die Evangelische Kirche auf den Schildern befinde.

**Bürgermeister Kreuzberg** hält dies für kaum möglich, da alle Institutionen angeschrieben worden seien. Er werde dies jedoch prüfen.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) hält das neue Wegeleitsystem für durchaus ansprechend. Er frage sich allerdings, was passiere, wenn ein Gastronomiebetrieb schließe oder seinen Namen ändere.

**Bürgermeister Kreuzberg** erklärt, dass dieser Bereich der Beschilderung privat finanziert sei und Änderungen dann auf Kosten des Betreibers vorgenommen würden.

**Herr Mühlens, 01**, ergänzt, dass es sich um ein Foliensystem handle. Bei notwendigen Änderungen könne die Folie relativ einfach neu gestaltet werden auf Kosten des Verursachers.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) bittet, sich alle aufgestellten Schilder noch einmal anzusehen. Teilweise seien diese noch nicht richtig eingerastet oder die Hinweise auch widersprüchlich zu den roten Fahrradschildern.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt weitere Veranlassung zu.

#### **6.4 Bahnhof Brühl**

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dahmen** (CDU) fragt nach dem Stand der Aktivitäten hinsichtlich der angestrebten Barrierefreiheit des Bahnhofs. Er bittet, über den Stand der Dinge regelmäßig im Ausschuss zu berichten.

**Bürgermeister Kreuzberg** teilt mit, dass er noch keine neue Mitteilung machen könne, da sich die Angelegenheit immer noch in der Abstimmung befinde. Selbstverständlich werde er – wie bisher auch – regelmäßig über die Angelegenheit berichten. Im Übrigen verweise er auf die nächste Ratssitzung; dort werde aufgrund eines Grünen-Antrages zu diesem Thema eine entsprechende Verwaltungsvorlage eingebracht.

#### **6.5 Aufzug Bahnhof Kierberg**

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) fragt, wann der dortige Aufzug betriebsbereit sei.

**Bürgermeister Kreuzberg** teilt mit, dass er selbst diesen Aufzug bereits benutzt habe.

#### **6.6 Falschparker**

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) fragt, ob verwaltungsseitig einmal über den Einsatz von sogenannten Wegfahrkrallen nachgedacht worden sei. Auch gebe es die Möglichkeit, einem Verkehrsteilnehmer einen sogenannten „Idiotentest“ abzuverlangen, wenn dieser bereits mehrfach auffällig geworden sei. Auch dies bitte er, einmal zu überprüfen.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt weitere Veranlassung zu.